



IHK-Energiewende- Barometer 2021

Ergebnisse für Hessen



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

#GemeinsamFürHessensWirtschaft

Das Wichtigste in Kürze

Energiewende: Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit

Jedes vierte Unternehmen in Hessen ist von negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende betroffen. Ein Grund ist darin zu sehen, dass die Klimaschutzziele angehoben wurden, zugleich aber die für die Zielerreichung notwendige Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen unklar und damit für die Unternehmen nicht planbar ist. Zugleich wissen die Unternehmen aus ihrer betrieblichen Praxis, wie anspruchsvoll die Realisierung von zusätzlichen Einsparpotentialen ist.



Wirtschaft engagiert sich vielfältig bei Energiewende und Klimaschutz

Energiewende und Klimaschutz erfordern von den Unternehmen umfangreiche Investitionen und innerbetriebliche Anpassungen. 80 Prozent wollen ihre Energieeffizienz steigern oder haben dies bereits getan. Zwei Drittel setzen auf den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, 60 Prozent wollen Elektrofahrzeuge anschaffen oder sind hier bereits tätig geworden. Für ebenso gut 60 Prozent steht der Bezug von Ökostrom auf der Agenda.



Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz

In Anbetracht der steigenden Strom- und Energiekosten implementieren immer mehr hessische Unternehmer Energieeffizienzmaßnahmen in ihrem betrieblichen Alltag. 71 Prozent setzen auf Investitionen in energieeffiziente Mobilität, 68 Prozent auf die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter, 65 Prozent auf Investitionen in unterschiedliche effiziente Technologien.



Politische Maßnahmen: Genehmigungsverfahren beschleunigen, Stromnetze ausbauen und Steuern senken

Bei den wichtigsten politischen Maßnahmen zur umweltverträglichen, sicheren und bezahlbaren Ausgestaltung der Energieversorgung steht die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren weiterhin weit vorn: 9 von 10 hessischen Unternehmen sehen hier stärkeren politischen Handlungsbedarf. Ebenso viele Betriebe sprechen sich für einen Ausbau des Stromnetzes und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen am Strommarkt aus, etwa was die Eigenerzeugung oder Speicherung von Strom anbelangt. Eine Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis fordern 82 % der Unternehmen.



Europäische Lösung bei der CO₂-Bepreisung finden

76 Prozent der Betriebe wünschen sich, dass die neue Bundesregierung mehr für die Erreichung der Klimaziele tut. 64 Prozent der Betriebe in Hessen empfehlen die Konzentration der Klimaschutzanstrengungen auf einen umfassenden Emissionshandel; Einzelmaßnahmen sollten abgebaut werden. 82 Prozent finden, dass das 2021 in Deutschland eingeführte nationale Emissionshandelssystem für Brennstoffe zügig in ein neues, europäisches Handelssystem integriert werden sollte. So würden gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa geschaffen.



Über die Umfrage

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ sind die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der sich das unternehmerische Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine umfassende Bewertung der Unternehmen zum Fortschritt der Energiewende und zur aktuellen Klima- und Energiepolitik zu erhalten.

Grundlage der Auswertung sind bundesweit 2.589 eingegangene Antworten aus den Branchen Industrie, Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Aus Hessen haben 246 Betriebe an der Befragung teilgenommen, davon 88 Industrieunternehmen.

Die Befragung fand vom 7. bis zum 25. Juni 2021 statt

Maßnahmen zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz

Zum Ende der Legislaturperiode hat die Bundesregierung die deutschen Klimaschutzziele deutlich angehoben. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 65 Prozent gegenüber den Emissionen des Jahres 1990 sinken. Bis zum Jahr 2045 soll Netto-Treibhausgasneutralität erreicht werden. Klimaschutz und seine Umsetzung im betrieblichen Alltag gewinnen damit für die Wirtschaft noch einmal an Bedeutung und Dringlichkeit.

Das Energiewende-Barometer der IHK-Organisation zeigt: Immer mehr Unternehmen bringen sich aktiv für Energiewende und Klimaschutz ein. Der Anteil der Unternehmen, die Effizienzmaßnahmen umsetzen, steigt, ebenso wie die Nutzung und eigene Erzeugung erneuerbarer Energien. Besonders deutlich steigt die Nutzung der Elektromobilität.

Zugleich sehen die Unternehmen wieder stärker die mit der notwendigen Transformation verbundenen Risiken für die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Das geschieht einerseits vor dem Hintergrund der für viele Unternehmen nach wie vor sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage in Folge der Corona-bedingten Einschränkungen. Andererseits sehen die Unternehmen Defizite in den politischen Rahmenbedingungen für eine zügige Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz. Hürden stellen vor allem der Ausbau von Stromnetzen und Erneuerbaren Energien sowie die sehr hohen Steuern, Abgaben und Entgelte insbesondere auf Strom dar.

Aus Sicht der Wirtschaft gibt es viele Stellschrauben, um die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten. 98 Prozent der befragten Unternehmen wollen, dass sich die Politik geschlossen hinter die Beschlüsse zum Ausbau des Stromnetzes stellt. 97 Prozent sehen Potenzial bei der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Mehr als 8 von 10 Betriebe fordern eine Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis.

76 Prozent der Unternehmen empfehlen der Politik, mehr für die Erreichung der Klimaschutzziele zu tun. Mehr Klimaschutz setzen viele Betriebe aber nicht mit neuen, zusätzlichen Maßnahmen gleich. Vielmehr befürworten 64 Prozent der Betriebe in Hessen die Konzentration der Klimaschutzanstrengungen auf einen umfassenden Emissionshandel und stattdessen Einzelmaßnahmen abzubauen. In diesem Zusammenhang ist von vier von fünf Betrieben auch erwünscht, das nationale Emissionshandelssystem für Brennstoffe in ein europäisches System zu überführen und damit gleiche (Wettbewerbs-)Bedingungen in Europa zu schaffen. Das Paket der EU zum Green Deal schlägt dies teilweise auch vor.

Welche politischen Maßnahmen sollten kurzfristig ergriffen werden, um die Energiewende sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten?
(Angaben in Prozent)



Die Politik sollte sich geschlossen hinter die Beschlüsse zum Ausbau des Stromnetzes stellen.

Die Genehmigungsverfahren für den Übertragungsnetzausbau sollten beschleunigt werden.

Die Rahmenbedingungen für eine aktive Teilnahme von Nachfragern (Lastverschiebung, Eigenerzeugung, Speicher) am Strommarkt müssen verbessert werden.

Der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger sollte Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen offen stehen.

Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit sollten die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein.

Das 2021 in Deutschland eingeführte nationale Emissionshandelssystem für Brennstoffe sollte zügig in ein neues, europäisches Handelssystem integriert werden.

Steuern und Abgaben auf den Strompreis müssen gesenkt werden.

Finanzielle und sonstige Anreize Fahrzeuge mit alternativen Antrieben sollten auslaufen, sobald diese wettbewerbsfähig sind.

Das jährliche Ausschreibungsvolumen (EEG) für Wind, PV und Biomasse sollte erhöht werden.

Neben Wasserstoff, der aus erneuerbarem Strom erzeugt wird, sollte auch CO₂-armer Wasserstoff aus weiteren Herstellungsverfahren diskriminierungsfrei Marktzugang erhalten.

Die kommende Bundesregierung muss mehr für die Erreichung der Klimaziele tun.

Neu eingebaute Wärmeerzeuger sollten überwiegend mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden.

Die Entlastungsregelungen beim Strompreis müssen zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bestehen bleiben.

Die Instrumente der Energiewende (EEG, Ökosteuern, KWKG etc.) sollten auf einen umfassenden Emissionshandel fokussiert werden.

Die Politik sollte das Ausstiegsdatum für die Kohleverstromung (2038) auf 2030 vorziehen.

Die CO₂-Preise von nationalem und europäischem Emissionshandel sollten angehoben werden.

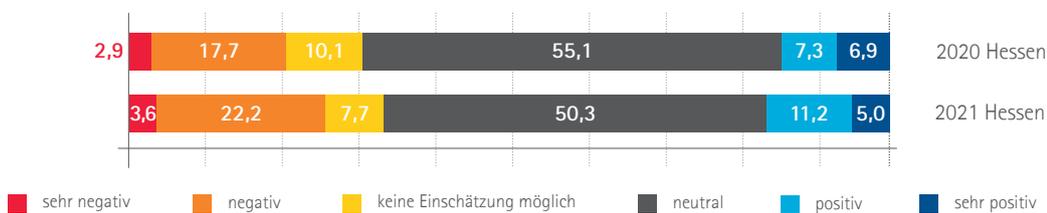
Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit

Über alle Branchen und Betriebsgrößen hinweg sehen die Unternehmen in Hessen mehr Risiken als Chancen für die eigene Wettbewerbsfähigkeit.

Ein Grund für die insgesamt schlechtere Bewertung ist darin zu sehen, dass die Klimaschutzziele angehoben wurden, zugleich aber die für die Zielerreichung notwendige Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen unklar und damit für die Unternehmen nicht planbar ist. Zugleich wissen die Unternehmen aus ihrer betrieblichen Praxis, wie anspruchsvoll die Realisierung von zusätzlichen Einsparpotentialen ist.

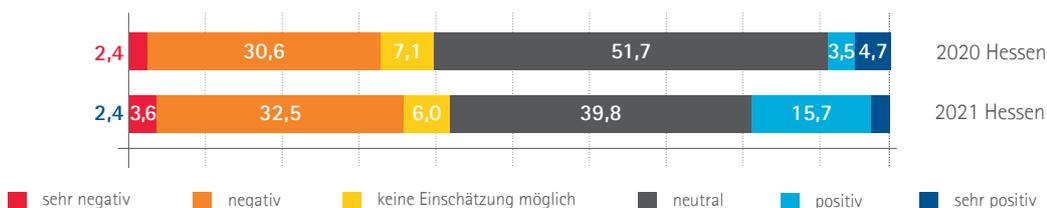
Der Anteil der Betriebe in Hessen, die negativen oder sehr negativen Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende vermelden, hat gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozentpunkte zugenommen und liegt nun bei 25,8 Prozent.

Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen (Angaben in Prozent)



Bei den Industriebetrieben in Hessen, die mit negativen oder sehr negativen Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende zu kämpfen haben, liegt der Anteil mit 36,1 Prozent deutlich höher.

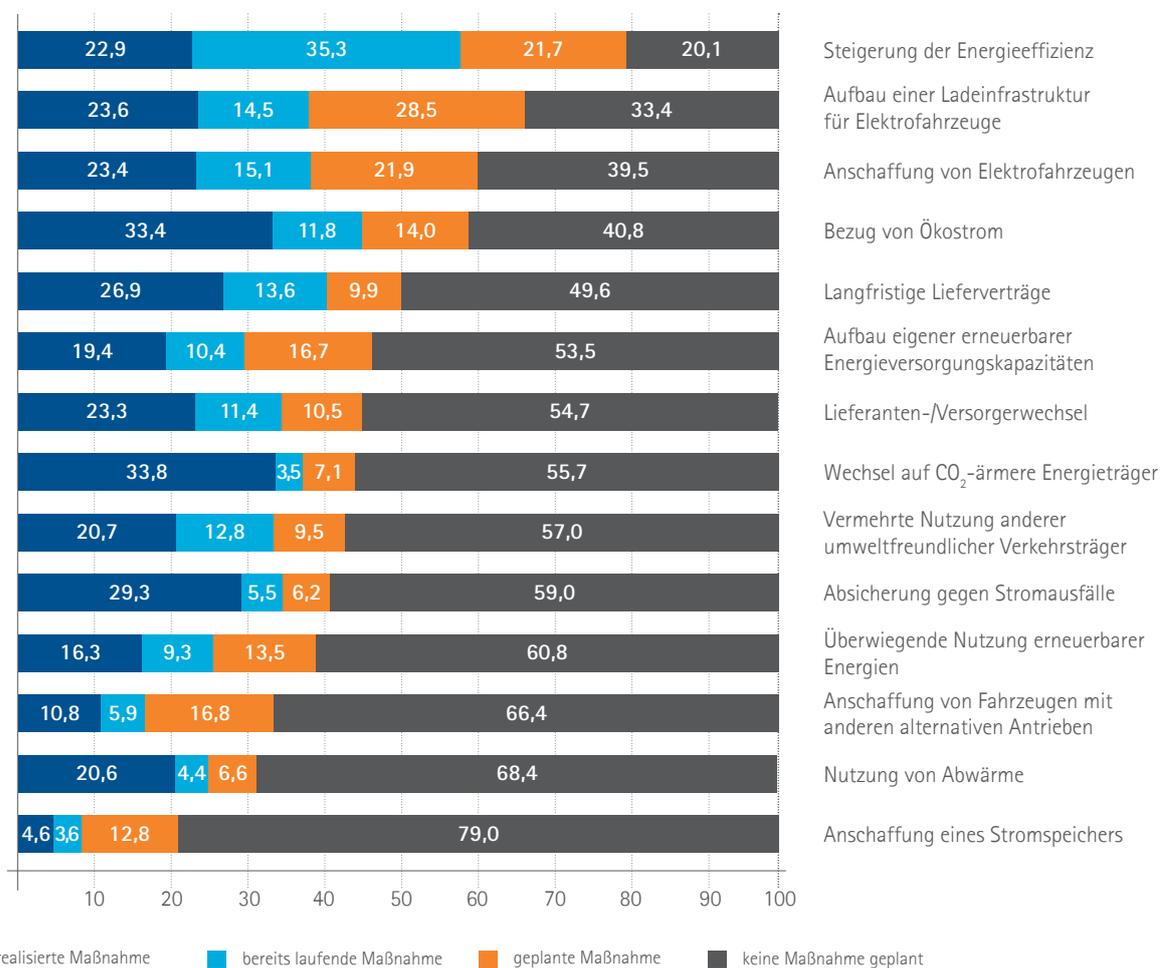
Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen (Angaben in Prozent)



Wirtschaft engagiert sich vielfältig bei Energiewende und Klimaschutz

Energiewende und Klimaschutz erfordern von den Unternehmen umfangreiche Investitionen und innerbetriebliche Anpassungen: Dazu zählen Investitionen in effiziente Maschinen, der Bezug oder die eigene Erzeugung erneuerbarer Energien, die Nutzung von Elektromobilität sowie die Bilanzierung und Kompensation von Treibhausgasemissionen.

Interne Maßnahmen der Unternehmen angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und Energiepolitik (Angaben in Prozent)

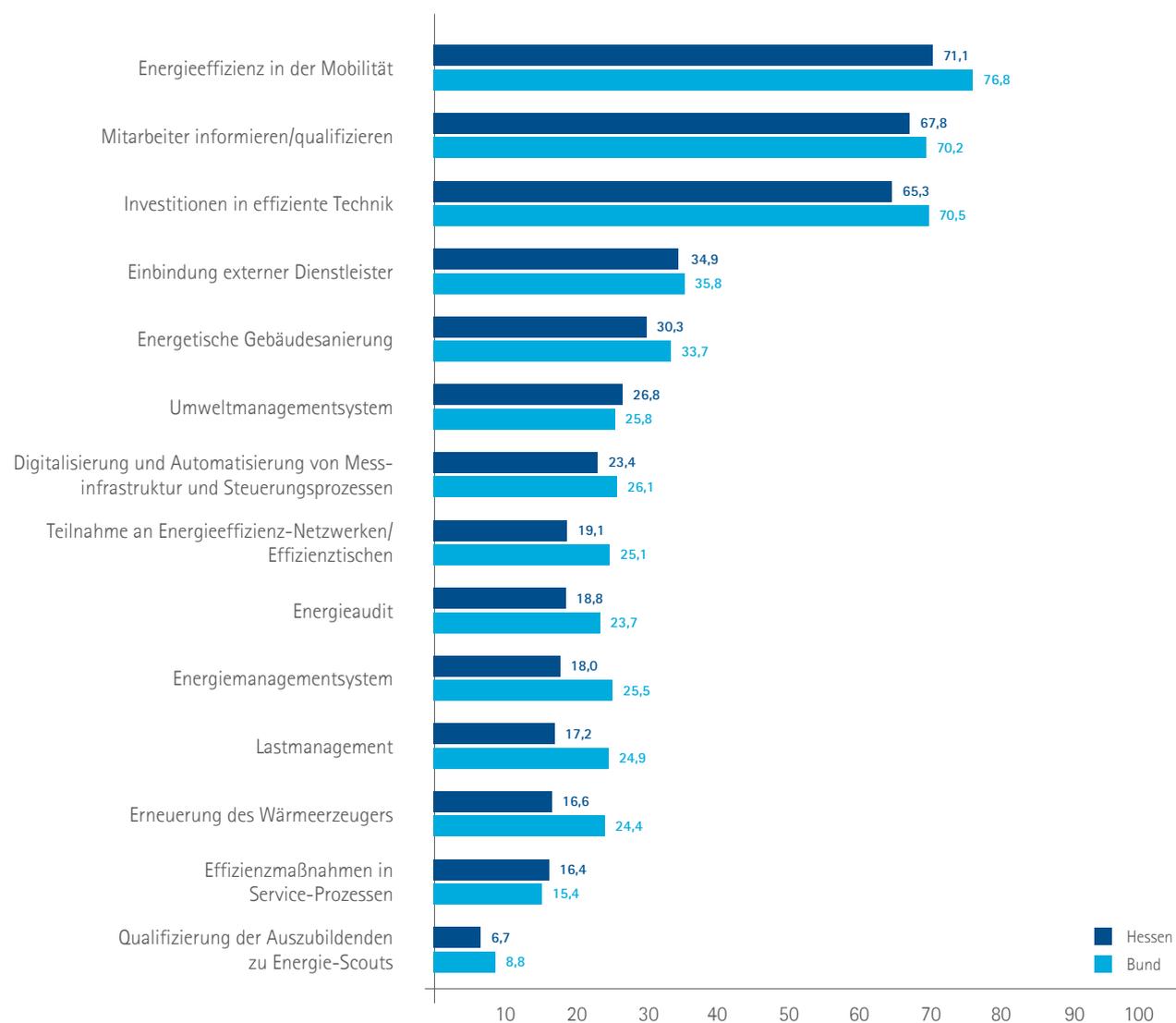


Steigerung der Energieeffizienz ist Kern des betrieblichen Energiemanagements

Nicht zuletzt aufgrund steigender Strom- und Energiepreise gewinnen Energieeffizienzmaßnahmen weiter an Fahrt. Angesichts absehbar wachsender Kosten beim Einsatz fossiler Energieträger ist von einem anhaltend hohen Interesse an Energieeffizienz auszugehen.

Mit Blick auf die einzelnen konkreten Maßnahmen der Unternehmen im Bereich der Energieeffizienz fällt neben der großen Bandbreite ins Auge, dass das Thema Mobilität ganz oben auf der Effizienzagenda angekommen ist. Der Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben aller Art kommt auch der betrieblichen Energieeffizienz zugute. Investitionen in effiziente(re) Technik erfreuen sich großer Beliebtheit und lassen weitere Steigerungen des effizienten Energieeinsatzes in den Betrieben erwarten. Aufgrund der Corona-Einschränkungen konnten nicht alle Maßnahmen gleichermaßen umgesetzt werden. Darunter litten insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte.

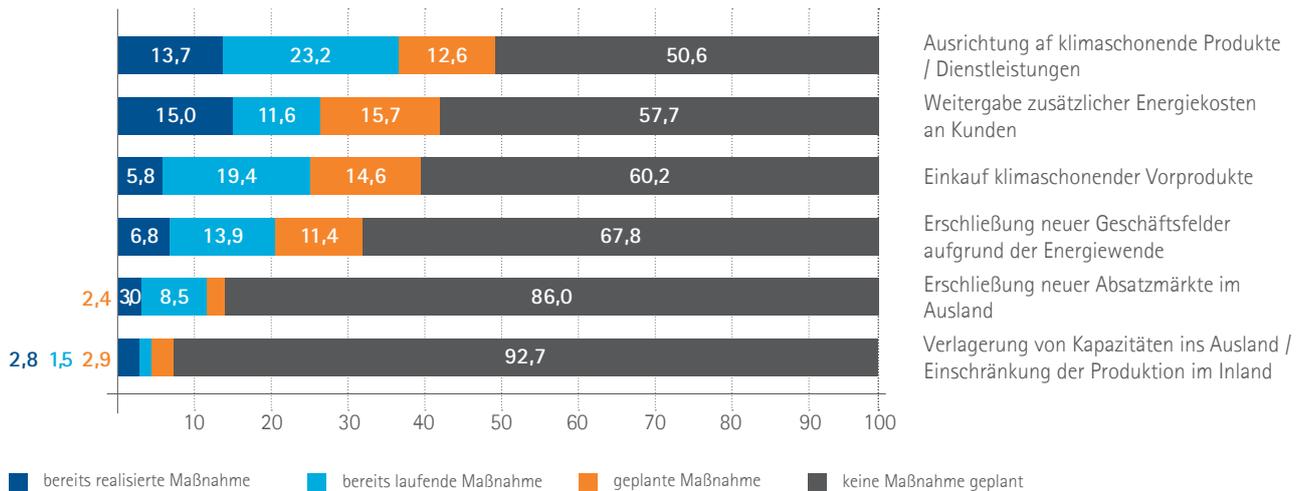
Maßnahmen der Unternehmen zur Steigerung der Energieeffizienz (Angaben in Prozent)



Externe Maßnahmen der Unternehmen

Darüber hinaus sind zunehmend Maßnahmen erforderlich, die die eigenen Kunden und Lieferanten einbeziehen, also über die innerbetriebliche Optimierung hinausgehen, beispielsweise die Erschließung neuer Geschäftsfelder und die Ausrichtung des Unternehmens auf klimaschonende Produkte und Dienstleistungen oder die Weitergabe zusätzlicher Energiekosten an die Kunden.

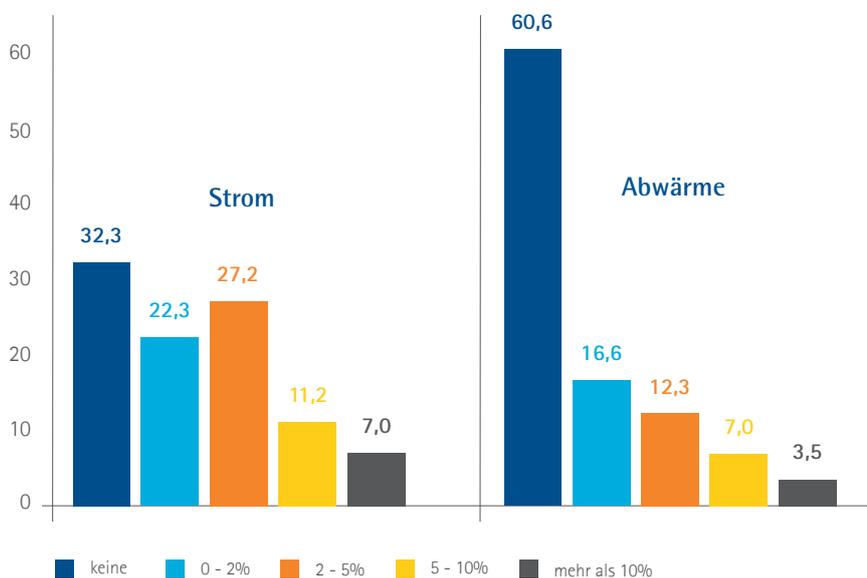
Externe Maßnahmen hessischer Unternehmen, die Kunden und Lieferanten einbeziehen (Angaben in Prozent)



Endenergie-Einsparpotentiale bei Abwärme und Strom

Es werden auch weiterhin noch wirtschaftlich realisierbare Einsparpotentiale in unterschiedlicher Höhe beim Endenergieverbrauch in den kommenden fünf Jahren von hessischen Unternehmen gesehen. Generell sehen fast 70 Prozent der Betriebe Potentiale bei Strom und knapp 40 Prozent bei Abwärme.

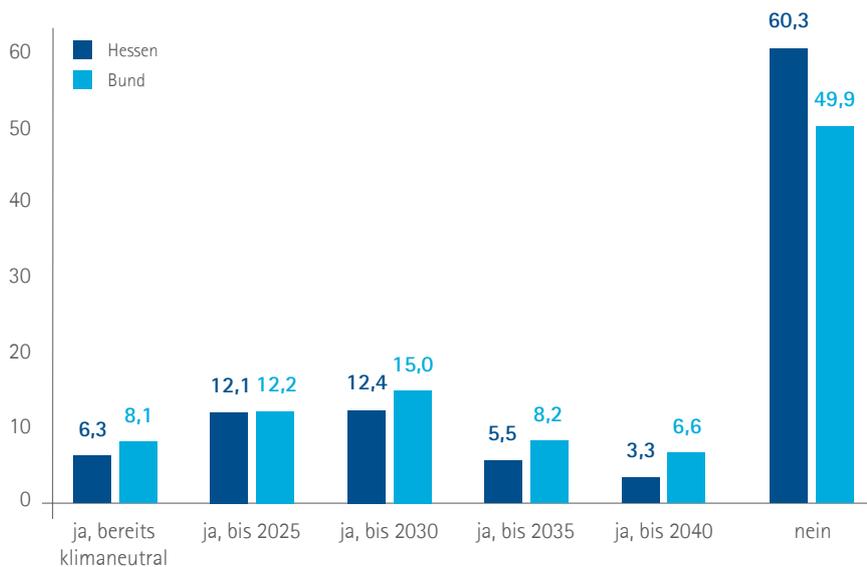
Einschätzungen für Einsparpotentiale bei Strom und Abwärme in hessischen Unternehmen (Angaben in Prozent)



Klimaneutralität und CO₂-Bilanzierung

Mit dem politischen Ziel der Klimaneutralität bis 2045 geht auch die Klimaneutralität nahezu aller Unternehmen einher. 40 Prozent der hessischen Unternehmen haben sich bereits entschlossen, Klimaneutralität als Unternehmensziel zu verankern.

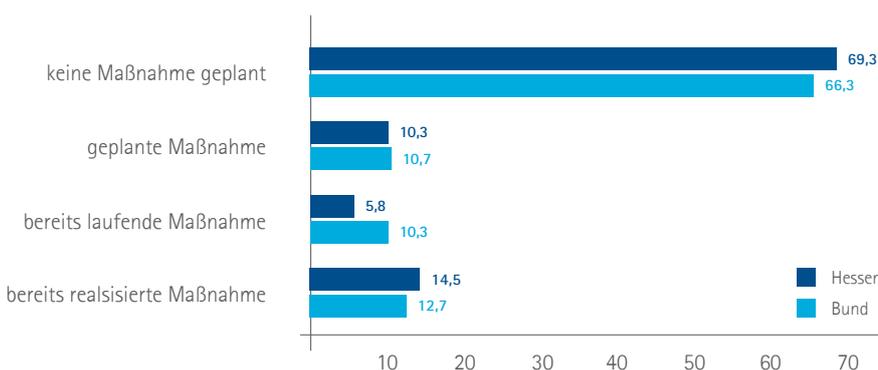
Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt klimaneutral zu werden (Angaben in Prozent)



Um die eigene Klimabilanz zu verbessern, ist es Voraussetzung, die Treibhausgasemissionen des Unternehmens zu kennen, sowie welche Prozesse diese verursachen. Bei der Erstellung eines CO₂-Footprints wird unterschieden, wie umfassend Emissionen berücksichtigt werden. Man spricht in diesem Zusammenhang von sogenannten Scopes.

Scope 1 enthält die direkten Emissionen am Standort, also vor allem den Einsatz von Heiz-, Brenn- und Kraftstoffen, Scope 2 erfasst die indirekten Emissionen aus dem Bezug von Strom, Dampf und Fernwärme, Scope 3 sogar die indirekten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette. Fast 15 Prozent der Unternehmen in Hessen geben an, bereits eine CO₂-Bilanzierung des eigenen Unternehmens nach Scope 1 und 2 ermittelt zu haben, weitere 16 Prozent sind gerade dabei oder planen entsprechende Maßnahmen.

Berechnung der eigenen Klimabilanz nach anerkannten Standards für Scope 1 und 2 (Angaben in Prozent)



Als Hürden für die Erstellung eines CO₂-Footprints sehen die Unternehmen vorwiegend fehlende finanzielle und personelle Ressourcen (50 Prozent) und den Mangel an einheitlichen Standards zur Kommunikation eigener Erfolge (49 Prozent) sowie den hohen Aufwand für eine umfassende Treibhausgasbilanzierung (48 Prozent).

Ein Drittel der Unternehmen in Hessen sieht eine Hürde auch an fehlenden Unterstützungsangeboten / Förderungen für Einstieg und Umsetzung. Knapp 30 Prozent fehlt es an niederschwellig zugänglichen Informationen und Transparenz.

Hürden bei der Treibhausgasbilanzierung in Hessen (Angaben in Prozent)



Praxistipp



Zusammenarbeit der hessischen Industrie- und Handelskammern mit der LEA LandesEnergieAgentur Hessen GmbH

Die LEA Hessen stellt seit Sommer 2021 das frei zugängliche Webtool ecocockpit für hessischen Unternehmen zur Verfügung. Zusammen mit den hessischen Industrie- und Handelskammern werden seit Juli 2021 Informationsveranstaltungen für Unternehmen und Berater in Kooperation durchgeführt, in denen die Grundbegriffe der Treibhausgasbilanzierung erläutert und die Erstellung einer CO₂-Bilanz demonstriert werden.

Das Webtool ecocockpit ermöglicht es Unternehmen, kostenfrei, einfach handhabbar und eigenständig eine erste CO₂-Bilanz in wenigen Schritten zu erstellen. Dabei werden die eingegebenen Daten lediglich auf dem eigenen Rechner gespeichert. Der Bilanzraum kann flexibel gewählt werden. ecocockpit ermöglicht es, sowohl Unternehmensstandorte zu bilanzieren als auch einzelne Produkte oder Prozesse.

<https://www.lea-hessen.de/unternehmen/treibhausgasbilanzierung/>

Seit Jahresbeginn 2021 ist mit dem nationalen Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) in Deutschland eine CO₂-Bepreisung auf Heiz-, Brenn- und Kraftstoffe (Erdgas, Heizöl, Diesel, Benzin etc.) eingeführt worden. Trotzdem geben 26 Prozent der Unternehmen in Hessen an, dass sie die Wirkung der CO₂-Bepreisung auf die eigene Kostenstruktur nicht kennen („stimme eher nicht zu“ und „stimme gar nicht zu“), für weitere 14 Prozent ist die Kostenwirkung nur teilweise ersichtlich („teils/teils“).

Zugleich entfaltet die CO₂-Bepreisung durchaus die politisch gewünschte Wirkung: Fast die Hälfte (48 Prozent) der Unternehmen stimmen der Aussage (eher) zu, dass die CO₂-Bepreisung ein geeignetes Instrument ist, um den Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen. 25 Prozent sehen das Instrument (eher) kritisch.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Investitionsentscheidungen. Für 45 Prozent der Unternehmen ist sie Anlass verstärkt auf klimafreundliche Technologien zu setzen. Nur ein Viertel (25 Prozent) sehen diese Wirkung für ihr Unternehmen nicht bzw. eher nicht.

Bewertung von Aussagen zur nationalen CO₂-Bepreisung auf Heiz-, Brenn- und Kraftstoffe (Angaben in Prozent)



Uns ist bekannt, wie sich die CO₂-Bepreisung auf die Kostenstruktur (Entlastung, Belastung) unseres Unternehmens auswirkt.

Die CO₂-Bepreisung ist ein geeignetes Instrument, um den Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen.

Die CO₂-Bepreisung ist für uns Anlass, bei Investitionen verstärkt auf klimafreundliche Technologien zu setzen.

Für die Branche, in der unser Unternehmen tätig ist, ist zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit eine Entlastung bei der CO₂-Bepreisung erforderlich.

Die CO₂-Bepreisung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unseres Unternehmens.

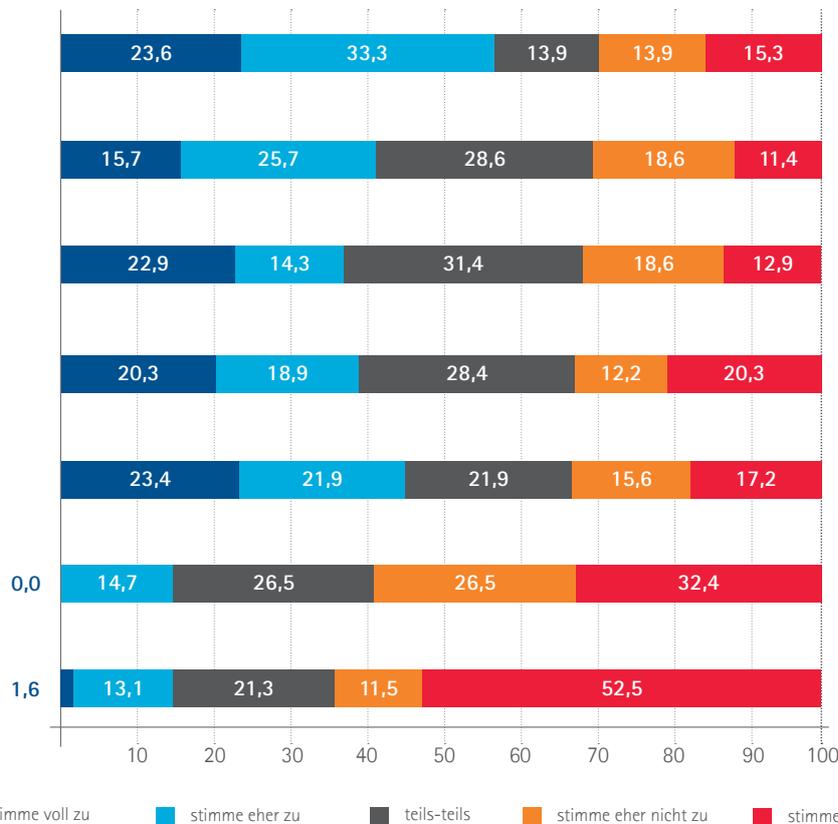
Wir erwarten aus der CO₂-Bepreisung Chancen für unser Unternehmen.

Die BEHG Carbon Leakage Verordnung bietet für die Branche, in der unser Unternehmen tätig ist, eine ausreichend hohe Entlastung.

Wie schon vor der Einführung ist der Anteil der Betriebe, die aus der CO₂-Bepreisung Chancen für das eigene Unternehmen erwarten, nur gering ausgeprägt (19 Prozent), das gilt gleichermaßen auch für Industrieunternehmen in Hessen (15 Prozent).

Demgegenüber werden die Kostenrisiken in der Industrie deutlich stärker wahrgenommen. 45 Prozent der Industrieunternehmen stimmen der Aussage zu, dass zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Branche, Entlastungen bei der CO₂-Bepreisung erforderlich sind. 37 Prozent sehen sich selbst in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Für 59 Prozent der Industrieunternehmen ist die Entlastung, mit der die Verlagerung (Carbon Leakage) vermieden werden soll, nicht ausreichend. Weitere 26 Prozent der Unternehmen sehen das nur teilweise gegeben.

Industrie: Bewertung von Aussagen zur nationalen CO₂-Bepreisung auf Heiz-, Brenn- und Kraftstoffe (Angaben in Prozent)



Uns ist bekannt, wie sich die CO₂-Bepreisung auf die Kostenstruktur (Entlastung, Belastung) unseres Unternehmens auswirkt.

Die CO₂-Bepreisung ist für uns Anlass, bei Investitionen verstärkt auf klimafreundliche Technologien zu setzen.

Die CO₂-Bepreisung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unseres Unternehmens.

Die CO₂-Bepreisung ist ein geeignetes Instrument, um den Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen.

Für die Branche, in der unser Unternehmen tätig ist, ist zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit eine Entlastung bei der CO₂-Bepreisung erforderlich.

Die BEHG Carbon Leakage Verordnung bietet für die Branche, in der unser Unternehmen tätig ist, eine ausreichend hohe Entlastung.

Wir erwarten aus der CO₂-Bepreisung Chancen für unser Unternehmen.

Praxistipp



CO₂-Preisrechner der IHK-Organisation

Zum 1. Januar 2021 ist die nationale CO₂-Bepreisung von zunächst Diesel, Benzin, Heizöl und Erdgas gestartet. Im ersten Jahr liegt der Preis bei 25 Euro / Tonne CO₂ und steigt dann schrittweise an. Ein Teil des Aufkommens aus der CO₂-Bepreisung dient dazu, die EEG-Umlage zu reduzieren bzw. zu stabilisieren.

Der CO₂-Preisrechner der IHK-Organisation kann dabei helfen, die Kostenwirkung der CO₂-Bepreisung für das jeweilige Unternehmen abzuschätzen.

www.ihk.de/co2-preisrechner



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

Impressum

Herausgeber

Hessischer Industrie- und Handelskammertag (HIHK) e. V.
Karl-Glössing-Straße 8
65183 Wiesbaden
☎ 0611 360 115-0
@ info@hihk.de
🌐 www.hihk.de

Ansprechpartner

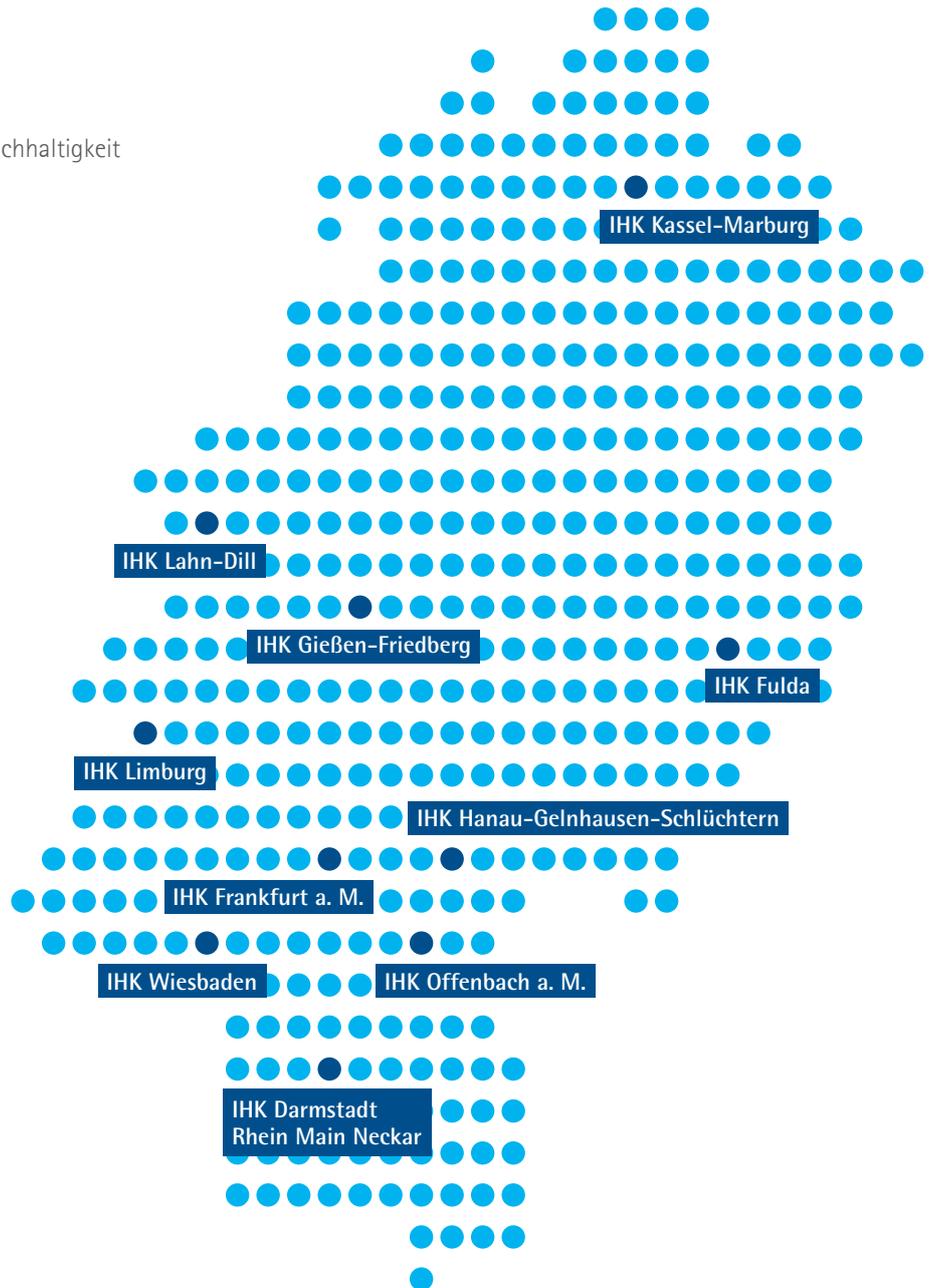
Federführung Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit
Jürgen Keller

Bildnachweis

Jiri Částka - Adobe Stock

Stand

November 2021



Über den Hessischen Industrie- und Handelskammertag

Gemeinsam für Hessens Wirtschaft: Der Hessische Industrie- und Handelskammertag (HIHK) koordiniert die landespolitischen Aktivitäten der zehn hessischen IHKs. Als Sprachrohr der gewerblichen Wirtschaft in Hessen vertreten wir die Interessen von rund 400.000 Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Mit engen Kontakten zur Landesregierung, dem Landtag, den Medien sowie allen wichtigen Akteuren auf Landesebene wollen wir einen Beitrag leisten, damit die Standpunkte der hessischen Wirtschaft Gehör finden und auch in der öffentlichen Wahrnehmung zur Geltung kommen. Dabei ist das Gesamtinteresse der Wirtschaft der Maßstab unserer Arbeit.